



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 10. Juli bis 13. Juli 2023 Straßburg

Renaturierung: Abstimmung über Position des Parlaments

Die Abgeordneten werden am Dienstag über das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur debattieren und am Mittwoch darüber abstimmen. 3

Halbleiter: Abstimmung über Pläne zur Stärkung der Chip-Industrie in der EU

Am Dienstag steht das Chip-Gesetz zur Abstimmung, das die Versorgung der EU mit Halbleitern durch eine Förderung der Produktion sichern und Notfallmaßnahmen gegen Engpässe schaffen soll. 5

„Fit for 55“: Mehr Ladestationen und umweltfreundlichere Schiffskraftstoffe

Das Parlament will über neue Regeln abstimmen, die die Einrichtung von Ladestationen für Autos mindestens alle 60 km und die Verwendung von umweltfreundlicheren Schiffskraftstoffen vorsehen. 11

Reform der Vorschriften zum Schutz der Integrität des Parlaments

Die Abgeordneten wollen über Vorschläge zur Verbesserung der parlamentsinternen Regeln bezüglich Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht diskutieren und abstimmen. 14

Parlament will neue Regeln zur Energieeinsparung billigen

Nach einer Debatte am Montag wird das Parlament am Dienstag abschließend über neue Energieeinsparziele für die EU abstimmen. 7

Schutz von Journalisten und Aktivisten vor Einschüchterungsklagen

Die neuen Maßnahmen sollen Journalisten, Aktivisten und andere vor schikanösen Klagen schützen, die darauf abzielen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern. 9

Rolle der EU bei Such- und Rettungseinsätzen im Mittelmeer

Am Mittwochmorgen beraten die Abgeordneten über die Kapazitäten der EU für Such- und Rettungseinsätze von Migranten auf See. 19

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 25

Gewalt gegen Frauen: Für strengere Regeln und Unterstützung für Opfer

Das Mandat für die Verhandlungen mit dem Rat soll eine zustimmungsbasierte Definition von Vergewaltigung, strengere Regeln gegen Cybergewalt und eine verbesserten Opferschutz beinhalten. 21

Industrieemissionen: Parlament will Verhandlungsposition annehmen

Das Parlament debattiert am Montag und stimmt am Dienstag über neue Regeln zur besseren Vermeidung und Kontrolle von Umweltverschmutzung durch große agro-industrielle Anlagen ab. 23

Corona-Krisenbilanz: Empfehlungen für eine bessere Gesundheitspolitik

Abschließende Empfehlungen des Parlaments zur Optimierung des EU-Krisenmanagements und Vorbereitung auf künftige gesundheitliche Notlagen stehen am Mittwoch zur Abstimmung. 16

Abgeordnete erörtern Ergebnisse des Juni-EU-Gipfels

Am Mittwoch werden die Abgeordneten die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 29.-30. Juni, insbesondere die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine und Russland, diskutieren und bewerten.

18

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2023-07-10>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 10. Juli bis 13. Juli 2023 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)


[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

 (+32) 2 28 40924 (BXL)

 (+33) 3 881 73780 (STR)

 (+32) 498 98 13 45


 armin.wisdorff@europarl.europa.eu

 presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

 (+32) 2 28 32266 (BXL)

 (+33) 3 881 72336 (STR)

 (+32) 498 98 33 22

 andreas.kleiner@europarl.europa.eu

 presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

Maren HÄUSSERMANN

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ maren.haeussermann@europarl.europa.eu

Renaturierung: Abstimmung über Position des Parlaments

Die Abgeordneten werden am Dienstag über das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur debattieren und am Mittwoch darüber abstimmen.

Da es im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit **keine Mehrheit** für die geplante **EU-Naturschutzverordnung** in seiner geänderten Fassung gab, hat der Ausschuss nun dem Plenum angeboten, den Gesetzesvorschlag der Kommission abzulehnen.

Nach der Debatte am Dienstagmorgen um 9:00 Uhr werden die Abgeordneten am Mittwochmittag zunächst darüber abstimmen, ob es eine Mehrheit für die Ablehnung des Kommissionsvorschlags gibt. Sollte diese Mehrheit nicht zustande kommen, wird über die **Änderungsanträge** der Fraktionen oder von mindestens 36 Abgeordneten abgestimmt.

Nach der Abstimmung um 14:00 Uhr findet eine Pressekonferenz mit dem Berichterstatter statt.

Hintergrund

Im Rahmen des Europäischen „**Green Deal**“ schlug die Kommission am 22. Juni 2022 eine Verordnung zur Wiederherstellung der Natur vor, um zur langfristigen Wiederherstellung der geschädigten Natur in den Land- und Meeresgebieten der EU beizutragen und die Klima- und Biodiversitätsziele der EU zu erreichen.

Aussprache: Dienstag, 11. Juli 2023, 09.00 Uhr

Abstimmung: Mittwoch, 12. Juli 2023, 12.00 Uhr

Pressekonferenz: Mittwoch, 12. Juli 2023, 14.00 Uhr

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Änderungsanträge](#)

[Artikel 59 der Geschäftsordnung: Abstimmung im Parlament - erste Lesung](#)

[Artikel 184 der Geschäftsordnung: Filterung von Änderungsanträgen für das Plenum durch den Ausschuss](#)

[Artikel 198 der Geschäftsordnung: Rücküberweisung an einen Ausschuss](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur: Festlegung verbindlicher Ziele für gesunde Ökosysteme“ \(Oktober 2022\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

[Video: Renaturierungsgesetz - Auszüge aus der Abstimmung](#)

Halbleiter: Abstimmung über Pläne zur Stärkung der Chip-Industrie in der EU

Am Dienstag steht das Chip-Gesetz zur Abstimmung, das die Versorgung der EU mit Halbleitern durch eine Förderung der Produktion sichern und Notfallmaßnahmen gegen Engpässe schaffen soll.

Mit dem neuen Gesetz soll die Fertigungskapazität der EU für Halbleiter von aktuell weniger als 10 % auf 20 % gesteigert werden. Die Pandemie hat Schwachstellen globaler Lieferketten aufgezeigt und die Halbleiterknappheit zu Preissteigerungen bei Industrie- und Verbraucherprodukten geführt, was das Wirtschaftswachstum in Europa bremst.

Die bereits vom Parlament und Rat angenommene Gesetzgebung wird Projekte zur Verbesserung der Versorgungssicherheit der EU unterstützen, indem sie Investitionen anzieht und die Produktion ankurbelt. Sie wird zudem kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere im Bereich Chipdesign, dabei helfen, Innovationen voranzutreiben. Die Abgeordneten drängen auf die Bereitstellung von 3,3 Milliarden Euro für Forschung und Innovation im Halbleiterbereich.

Die Abgeordneten befürworten außerdem einen Krisenreaktionsmechanismus und Notfallmaßnahmen, die eine vorrangige Versorgung mit von Engpässen betroffenen Produkten und gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten vorsehen.

Debatte: Dienstag, 11. Juli

Abstimmung: Dienstag, 11. Juli

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Bericht zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems \(Chip-Gesetz\)](#)

[Pressemitteilung zur interinstitutionellen Vereinbarung \(18.04.23, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatter Dan Nica \(S&D, RO\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "The EU chips act: Securing Europe's supply of semiconductors" \(auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Parlament will neue Regeln zur Energieeinsparung billigen

Nach einer Debatte am Montag wird das Parlament am Dienstag abschließend über neue Energieeinsparziele für die EU abstimmen.

Das neue Gesetz, auf das sich die Verhandlungsführer des Parlaments und des Rates bereits geeinigt haben, sieht eine Senkung des **Primär-** und **Endenergieverbrauchs** um 11,7 % bis 2030 vor (im Vergleich zu den Prognosen für 2020). Ab 2025 sollen im Schnitt jährlich 1,5 % Energie eingespart werden, beginnend mit 1,3 % in 2025 und schließlich auf 1,9 % bis Ende 2030 steigend.

Die Maßnahmen werden auf unterschiedlichen Ebenen – lokal, regional und national – in diversen Sektoren umgesetzt. Der öffentliche Sektor ist angehalten, seinen Endenergieverbrauch jährlich um 1,9 % zu reduzieren und 3 % der öffentlichen Gebäude so zu modernisieren, dass sie nahezu oder vollständig emissionsfrei sind.

Die neue Richtlinie ist Teil des "Fit for 55"-Pakets, das eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 55 % bis 2030 anstrebt. Sie modifiziert bestehende Gesetze, einschließlich der Richtlinie über erneuerbare Energien und der Energieeffizienz-Richtlinie, um diese an das neue Ziel anzupassen.

Debatte: Montag, 10. Juli

Abstimmung: Dienstag, 11. Juli

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Energieeffizienz \(Neufassung\)](#)

[Pressemitteilung zur Trilog-Vereinbarung \(10.03.23, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Niels Fuglsang \(S&D, DK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Revising the Energy Efficiency Directive: 'Fit for 55' package"](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Schutz von Journalisten und Aktivisten vor Einschüchterungsklagen

Die neuen Maßnahmen sollen Journalisten, Aktivisten und andere vor schikanösen Klagen schützen, die darauf abzielen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern.

Der zur Abstimmung stehende Richtlinienentwurf sieht Mindeststandards für den Schutz vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP) in der EU vor, indem diese Fälle frühzeitig abgewiesen werden, der Kläger die Kosten des Verfahrens tragen muss und Urteile aus Drittländern nicht anerkannt werden. Die Regeln sollen in grenzüberschreitenden Fällen gelten, wenn Kläger und Beklagter nicht im selben Land wie das Gericht ansässig sind oder wenn der Fall für mehr als einen Mitgliedstaat relevant ist und das strittige Werk auf elektronischem Weg abgerufen werden kann. Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten außerdem auf, dafür zu sorgen, dass SLAPP-Opfer rechtliche, finanzielle und psychologische Unterstützung erhalten.

Die Debatte findet am Montag statt, die Abstimmung ist für Dienstag angesetzt.

Die Abgeordneten werden außerdem am Dienstag über einen weiteren Bericht über die Bedrohung von Journalisten und Medien weltweit diskutieren, darunter Mord, Entführung, Folter, Überwachung, willkürliche Inhaftierung und repressive Blasphemie- oder Verleumdungsgesetze, und am Mittwoch darüber abstimmen.

Hintergrund

Angesichts der zunehmenden Zahl von SLAPP-Klagen in der EU haben die Abgeordneten wiederholt Maßnahmen der EU gegen die rechtliche Belästigung von Journalisten, Medien und Aktivisten gefordert. Die Kommission hat im April 2022 einen [Vorschlag](#) vorgelegt, der viele der Maßnahmen enthält, die die Abgeordneten in ihrer [Entschließung](#) aus dem Jahr 2021 vorgeschlagen haben. Nach Angaben der [Anti-SLAPP-Koalition in Europa](#) (CASE) weist [Malta die höchste Zahl von Fällen](#) pro 100 000 Einwohner auf.

Debatten: Montag, 10. Juli

Abstimmungen: Dienstag, 11. Juli

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren / nichtlegislative Entschließung

Pressekonferenz: Mittwoch, 12. Juli, 10:00 Uhr

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(SLAPP\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Schutz von Journalisten\)](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(SLAPP, auf Englisch\)](#)

[EP Multimedia Center: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(SLAPPs\)](#)

„Fit for 55“: Mehr Ladestationen und umweltfreundlichere Schiffskraftstoffe

Das Parlament will über neue Regeln abstimmen, die die Einrichtung von Ladestationen für Autos mindestens alle 60 km und die Verwendung von umweltfreundlicheren Schiffskraftstoffen vorsehen.

Die neuen Vorschriften für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, auf die sich die Unterhändler des Rates und des Parlaments [im März 2023 geeinigt](#) haben und über die die Abgeordneten am Dienstag abstimmen werden, zielen darauf ab, den Einsatz von Ladestationen oder alternativen Tankstellen für Autos, Lastwagen oder Flugzeuge auszuweiten, um die Emissionen im Verkehrssektor zu senken.

Die Abgeordneten haben erfolgreich ausgehandelt, dass bis 2026 mindestens alle 60 km entlang der Routen des [TEN-V-Kernetzes](#) Ladestationen für Elektroautos mit einer Mindestleistung von 400 kW eingerichtet werden müssen, wobei die Leistung des Netzes bis 2028 auf 600 kW steigen soll. Die Nutzer von Fahrzeugen mit alternativen Kraftstoffen müssen an den Ladestationen problemlos bezahlen können (mit Zahlungskarten oder kontaktlosen Geräten), während der Preis für diese „Kraftstoffe“ pro kWh oder pro Minute/Sitzung angezeigt werden muss.

Am Dienstag wird das Parlament auch über [eine Einigung über nachhaltige Schiffskraftstoffe](#) abstimmen, die im März 2023 erzielt wurde und die Einführung von Kraftstoffstandards für Schiffe vorsieht, um die Einführung von erneuerbaren und kohlenstoffarmen Kraftstoffen und die Dekarbonisierung des Sektors voranzutreiben.

Während der Gespräche konnten die Abgeordneten sicherstellen, dass die Schiffe ihre Treibhausgasemissionen schrittweise reduzieren müssen, indem sie den Anteil der Treibhausgase in der von ihnen verbrauchten Energie verringern.

Die Debatten werden am Montagabend stattfinden. Eine Pressekonferenz mit den Berichterstattern des EP ist für Dienstag um 14:30 Uhr geplant.

Debatte: Montag, 10. Juli

Abstimmung: Dienstag, 11. Juli

Pressekonferenz: Dienstag 11. Juli um 14:30 Uhr

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Entwurf der Vorschriften für die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe](#)

[Entwurf einer Regelung für nachhaltige Schiffskraftstoffe](#)

[EP-Hintergrundinformationen zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe \(Mai 2023, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen über nachhaltige Kraftstoffe für den Seeverkehr \(Mai 2023\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten über nachhaltige maritime Kraftstoffe](#)

[EP-Berichterstatter zum Thema "Infrastruktur für alternative Kraftstoffe": Petar Vitanov \(S&D, BG\)](#)

EP-Berichterstatter zum Thema "Nachhaltige Kraftstoffe für den Seeverkehr": Jörgen Warborn
(EVP, SE)

Reform der Vorschriften zum Schutz der Integrität des Parlaments

Die Abgeordneten wollen über Vorschläge zur Verbesserung der parlamentsinternen Regeln bezüglich Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht diskutieren und abstimmen.

Der Entwurf eines Berichts des Sonderausschusses des Parlaments zu „Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, und zur Stärkung der Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht im Europäischen Parlament“ nennt mittel- bis längerfristig nötige Maßnahmen und führt Empfehlungen für Reformen auf. Er warnt davor, dass Versuche, die Demokratie zu stören, "ein weit verbreitetes Phänomen sind, dem so energisch wie möglich entgegengewirkt werden muss" und fordert, dass der [14-Punkte-Plan](#) von Präsidentin Metsola zur Reform der Geschäftsordnung des Parlaments so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt wird, da er einen wichtigen ersten Schritt im internen Reformprozess darstellt.

Vor der Debatte, um 15:30 Uhr, werden der Ausschussvorsitzende [Raphaël Glucksmann](#) (S&D, Frankreich) und die Ko-Berichterstatter [Vladimír Bilčík](#) (EVP, Slowakei) und [Nathalie Loiseau](#) (Renew, Frankreich) eine Pressekonferenz geben.

Hintergrund

Der „[Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, und zur Stärkung der Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht im Europäischen Parlament](#)“ hatte den Auftrag, im Anschluss an die [Entschließung des Plenums vom 15. Dezember 2022](#) Reformvorschläge zu unterbreiten. Er ergänzt die Maßnahmen, [die in anderen Gremien des EP ergriffen](#) wurden oder in Vorbereitung sind.

Debatte: Mittwoch, 12. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 13. Juni

Pressekonferenz: Mittwoch, 12. Juni, vor der Debatte

Verfahren: Nichtlegislative Entschließungen

Links

EP-Hintergrundinformationen - „Reform der Vorschriften zum Schutz der Integrität des Parlaments“

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA\(2023\)751384](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA(2023)751384)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2023/2034\(INI\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2023/2034(INI))

EP-Hintergrundinformationen - „Legal loopholes and the risk of foreign interference“
(05.02.2023, auf Englisch)

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EXPO_IDA\(2023\)702575](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EXPO_IDA(2023)702575)

Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial

<https://multimedia.europarl.europa.eu/de>

Corona-Krisenbilanz: Empfehlungen für eine bessere Gesundheitspolitik

Abschließende Empfehlungen des Parlaments zur Optimierung des EU-Krisenmanagements und Vorbereitung auf künftige gesundheitliche Notlagen stehen am Mittwoch zur Abstimmung.

Am Dienstag steht eine entsprechende Debatte auf der Tagesordnung. Der [Bericht](#), der vom Sonderausschuss zur COVID-19-Pandemie (COVI) erstellt wurde, untersucht die Auswirkungen der Krise, bewertet die Wirksamkeit der EU- und nationalen Maßnahmen und unterbreitet spezifische Vorschläge zur Schließung von Lücken und Behebung von Schwächen in der Reaktion auf die Pandemie. Die Empfehlungen konzentrieren sich auf vier Bereiche: Gesundheit, Demokratie und Grundrechte, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen sowie globale Aspekte im Zusammenhang mit der Pandemie.

Hintergrund

Im März 2022 [setzte](#) das Parlament einen „[Sonderausschuss zu den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie und Empfehlungen für die Zukunft](#)“ (COVI) ein. Sein Mandat endet am 19. Juli 2023.

Debatte: Dienstag, 11. Juli

Abstimmung: Mittwoch, 12. Juli

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Sonderausschuss zu den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie und Empfehlungen für die Zukunft](#)

[Multimedia-Zentrum des EP: COVI](#)

Abgeordnete erörtern Ergebnisse des Juni-EU-Gipfels

Am Mittwoch werden die Abgeordneten die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 29.-30. Juni, insbesondere die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine und Russland, diskutieren und bewerten.

Die Staats- und Regierungschefs legten ihren Fokus während des Gipfels auf die jüngsten Entwicklungen in Russland, dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die fortgesetzte Unterstützung der EU für das Land, sowie auf die Migrations- und Asylpolitik der EU. Darüber hinaus standen die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit, die wirtschaftliche Lage in der EU sowie die Beziehungen zu China und das bevorstehende Treffen der Staats- und Regierungschefs mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik auf der Agenda.

In einer [Debatte am 14. Juni](#) erläuterten die Abgeordneten ihre Erwartungen an den Gipfel. Sie verurteilten die Zerstörung des ukrainischen Nowa-Kachowka-Staudamms als jüngstes Kriegsverbrechen Russlands und sprachen sich dafür aus, die eingefrorenen Milliardenvermögen russischer Oligarchen für den Wiederaufbau der Ukraine einzusetzen. Im Hinblick auf Migration und Asyl sahen einige Abgeordnete die Übereinkunft der Mitgliedsstaaten als Fortschritt, während andere bemängelten, dass das Recht auf Asyl in der EU de facto abgeschafft wurde.

Debatte: Mittwoch, 12. Juli

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Rede von EP-Präsidentin Roberta Metsola auf dem Gipfel \(auf Englisch\)](#)

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

Rolle der EU bei Such- und Rettungseinsätzen im Mittelmeer

Am Mittwochmorgen beraten die Abgeordneten über die Kapazitäten der EU für Such- und Rettungseinsätze von Migranten auf See.

Angesichts der [hohen Zahl von Todesopfern unter den Migranten auf See](#) und des [jüngsten tragischen Schiffsunglücks vor der griechischen Küste](#) wird erwartet, dass die Abgeordneten die Perspektiven für verstärkte EU-Maßnahmen zur Unterstützung von Seenotrettungseinsätzen auf den [Migrationsrouten im Mittelmeer](#) erörtern.

Weitere Diskussionspunkte umfassen die Rolle von Rettungsbooten nichtstaatlicher Organisationen, das Ausschiffen an sicheren Orten, die mutmaßlichen Zurückweisungen („Push-backs“) von Migranten durch die Mitgliedstaaten, die Umsetzung des von Kommissarin Johansson im November 2022 angekündigten [Aktionsplans](#) sowie die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie Tunesien und Libyen.

Die Debatte mit der spanischen Ratspräsidentschaft und der Kommission mündet in eine Resolution, über die die Abgeordneten am Donnerstag abstimmen werden

Aussprache: Mittwoch, 12. Juli 2023

Abstimmung: Donnerstag, 13. Juli

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission, mit Entschließung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „Search and rescue efforts for Mediterranean migrants“ \(auf Englisch\)](#)

[Neueste Trends im Asylbereich - EU-Asylagentur](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Gewalt gegen Frauen: Für strengere Regeln und Unterstützung für Opfer

Das Mandat für die Verhandlungen mit dem Rat soll eine zustimmungsbasierte Definition von Vergewaltigung, strengere Regeln gegen Cybergewalt und eine verbesserten Opferschutz beinhalten.

Der Berichtsentwurf, der vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten und vom Ausschuss für die Rechte der Frau gebilligt wurde, zielt darauf ab, den Vorschlag der Kommission zu verbessern, indem eine Einzelfallprüfung der Zustimmung eingeführt und die Liste der erschwerenden Umstände für Straftaten erweitert wird. Der Text sieht auch EU-Vorschriften gegen sexuelle Übergriffe, intersexuelle Genitalverstümmelung, Zwangssterilisation, Zwangsheirat und sexuelle Belästigung in allen Arbeitsumgebungen vor. Der Text deckt auch Gewalt und Belästigung im Internet ab, einschließlich der Veröffentlichung von intimmem Material und der unaufgeforderten Zusendung von Bildern von Genitalien. Die Abgeordneten fordern mehr Unterstützung für die Opfer, einschließlich eines kostenlosen Rechtsbeistands, sowie eine verbesserte Berichterstattung und Beweiserhebung.

Sobald der Standpunkt des Parlaments angenommen ist (entweder ohne Einwände der Abgeordneten am Mittwoch oder mit einer Abstimmung am Donnerstag, falls es Einwände gibt, [gemäß den parlamentarischen Regeln](#)), werden die Verhandlungen mit dem Rat über die endgültige Form der Gesetzgebung sofort beginnen.

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch, 12. Juli, 11:00 Uhr

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung des Rates - „Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt: Rat legt Standpunkt zum Entwurf eines EU-Rechtsakts fest“ \(09/06/2023\)](#)

[Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Combating violence against women and domestic violence" \(auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial zum Thema](#)

Industrieemissionen: Parlament will Verhandlungsposition annehmen

Das Parlament debattiert am Montag und stimmt am Dienstag über neue Regeln zur besseren Vermeidung und Kontrolle von Umweltverschmutzung durch große agro-industrielle Anlagen ab.

Am 24. Mai votierte der Ausschuss für Umweltfragen für eine Anpassung der [Richtlinie über Industrieemissionen](#). Diese zielt darauf ab, die Umweltverschmutzung weiter einzudämmen und den Umstieg großer agroindustrieller Anlagen auf umweltschonende Technologien durch Überwachung ihrer Emissionen in Luft, Wasser und Boden zu fördern. Der Entwurf befürwortet den Vorschlag der Kommission, auch Anlagen der mineralgewinnenden Industrie (Bergwerke), große Anlagen zur Herstellung von Batterien (ausgenommen solche, die ausschließlich Batteriemodule und Batteriepacks zusammenbauen) und größere Rinderzuchtbetriebe sowie mehr Schweine- und Geflügelzuchtbetriebe im Vergleich zu den derzeitigen Vorschriften zu erfassen.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten auch für eine größere Transparenz, eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit und einen besseren Zugang zu den Gerichten im Zusammenhang mit der Genehmigung, dem Betrieb und der Kontrolle von regulierten Anlagen stimmen werden.

Hintergrund

Die derzeitigen EU-Bestimmungen für Industrieemissionen betreffen über 30.000 großindustrielle Anlagen und 20.000 Intensivtierhaltungsbetriebe, die für die Freisetzung von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden verantwortlich sind. Diese können zu gesundheitlichen Problemen wie Asthma, Bronchitis und Krebs führen, die jährlich Hunderttausende vorzeitiger Todesfälle in der EU zur Folge haben.

Debatte: Montag, 10. Juli

Abstimmung: Dienstag, 11. Juli

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Richtlinie über Industrieemissionen\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Portal für Industrieemissionen\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial](#)

[Änderung der Richtlinie über Industrieemissionen in der EU: Erklärung von Radan KANEV \(PPE, BG\) und Auszüge aus der Abstimmung - ENVI-Ausschuss](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- [Ökodesign-Verordnung](#) - Bericht: Alessandra Moretti, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Das Wahlrecht, die Untersuchungskommission und die Rechtsstaatlichkeit in Polen - Entschließungsanträge, *Debatte 14. Juni, Abstimmung Dienstag*
- Verwirklichung des Grünen Deals: das Risiko, dass die EU auf dem Weg zum grünen Wandel auf Hindernisse stößt und ihre internationalen Verpflichtungen nicht einhält - Erklärung der Kommission, *Debatte Mittwoch*
- [Europäische Bürgerinitiative „Für den Schutz kosmetischer Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche“](#), *Debatte Montag*
- Unabhängiges Ethikgremium der EU - Nichtlegislative Entschließung, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Berichte 2022 über [Albanien](#) (Bericht: Isabel Santos), und Bericht über Bosnien und Herzegowina - *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2023/001 BE/LNSA – Belgien - Bericht: Eleni Stavrou, *Abstimmung Mittwoch*
- Beitritt zum Schengen-Raum von Bulgarien und Rumänien, Nichtlegislative Entschließung, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Gemeinsame Aussprache - Europäische Investitionsbank - In Anwesenheit von Werner Hoyer, Präsident der EIB, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- [Beziehungen zur Palästinensischen Behörde](#) - Bericht: Evin Incir, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Bankenunion – Jahresbericht 2022 - Bericht: Kira Marie Peter-Hansen, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Der Schutz von Journalisten weltweit und die diesbezügliche Politik der Europäischen Union - Bericht: Isabel Wiseler-Lima, *Abstimmung Dienstag*
- Erklärung der Kommission – Lage der Europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (SME Union), *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Die europäische Wirtschaft in den Dienst des Mittelstands stellen - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Mittwoch*

- Das Erfordernis, die „Unshell“-Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke anzunehmen - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Mittwoch*
- **Neue Verordnung über Bauprodukte** - Bericht: Christian Doleschal, *Abstimmung Dienstag*
- Jahresbericht für die Jahre 2019-2021 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten - Bericht: Evin Incir, *Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Paket „Ökologisierung des Verkehrs“, Erklärung der Kommission, *Debatte Dienstag*
- Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2023 - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Dienstag*
- Öffentliche länderspezifische Berichterstattung, Erklärung der Kommission, *Debatte Donnerstag*
- Schutz der Arbeitnehmer vor extremer Hitze und anderen extremen Wetterphänomenen als Folge der Klimakrise, Erklärung der Kommission, *Montag*
- *Global Convergence on Generative AI*, Erklärungen des Rates und der Kommission, *Donnerstag*
- Erklärung der Präsidentin - Gedenken 28. Jahrestag Srebrenica, *Dienstag*
- Lage im Libanon – Nichtlegislative EntschlieÙung, *Abstimmung Mittwoch*
- Stand des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit EU-Kuba vor dem Hintergrund des jüngsten Besuchs der Insel durch den Hohen Vertreter - EntschlieÙungsanträge, *Abstimmung Mittwoch*
- Debatte zu aktuellem Thema - Besteuerung der Reichen, *Dienstag*